

Bern nimmt Stellung

Verhältnis zwischen dem Kanton und seinen drei Landeskirchen, sondern auch längerfristig den religiösen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und die ganze Sparübung hätte es finanziell ja nicht gebraucht, denn das weitere Sparpotenzial von zwei Stellen in der Bewirtschaftung der Pfarrstellen, wie das der Bericht des Regierungsrates ausweist, ist für den Kanton äusserst bescheiden.

Offen für Revision des kantonalen Kirchengesetzes

Der Regierungsrat nimmt ASP 2014 nun aber zum Anlass, das Verhältnis von Kirche und Staat grundsätzlich zu überdenken. Als Massnahme schlägt er vor, das kantonale Kirchengesetz von 1945 zu überarbeiten – und dies im Sinne eines «kooperativen Prozesses und Diskurses mit dem Grosse Rat, den Landeskirchen und weiteren Interessierten». Das ist lobenswert und wird von der Christkatholischen Landeskirche begrüsst, sofern die eingeleiteten Reformen sinnvoll und zeitgemäss sein werden.

Der Regierungsrat schlägt eine Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat innerhalb des geltenden Verfassungsrechtes vor. Leiten lässt er sich einerseits von den Ideen einer Entflechtung und wiederum des Sparens, also eines liberalen Gedan-

den drei Landeskirchen. Dies entspricht den Anliegen der aus dem Freisinn des 19. Jahrhunderts 1874 entstandenen Christkatholischen Landeskirche, die sich seit jeher auf Freiheit und Eigenständigkeit beruft, allerdings auch den ständigen Dialog zwischen den Partnern anmahnt, wie es ihrer bischöflich-synodalen Verfassung entspricht. Die Christkatholische Landeskirche des Kantons Bern ist im Einklang mit ihrem Bischof, den das Kirchengesetz von 1945 als kirchliche Oberbehörde vorsieht, bereit zum Dialog, welcher das Verhältnis Kirche und Staat wieder auf eine verlässliche, der unberechenbaren Tagespolitik entzogene Basis stellt, wie dies schon 1804 beim Einzug der Kirchengüter durch den Kanton als Intention gesehen werden kann, durch welche die immerwährende Besoldung der Geistlichen abgegolten werden sollte.

Kritik am Vorgehen des Berner Regierungsrates

Allerdings befremdet die im vorliegenden Bericht wiederholt geäusserte Annahme des Regierungsrates, es könne damit der finanzielle Handlungsspielraum des Kantons erweitert werden. Das ist ein Trugschluss in einer Sache, die eigentlich klar und fest umrissen ist. Der kantonale Beitrag an die drei Landeskirchen von aktuell rund Fr. 70 Mio. jährlich muss

«Der kurzfristige Sparbeschluss des Grosse Rates gefährdet nicht nur kurzfristig das gute Verhältnis zwischen dem Kanton und seinen drei Landeskirchen, sondern längerfristig auch den religiösen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

kengutes, das den Staat schlanker und billiger machen möchte zugunsten einer grösseren Autonomie der

fest garantiert sein, geht es doch ausschliesslich um Löhne von Mitarbeitenden, ob nun in kantonaler oder

Randbemerkung



Anna Chudozilov

Zukunft, konkret

Die Jugend ist unsere Zukunft, sagt man gerne – auch bei uns Christkatholiken. Was das genau bedeuten soll, bleibt oft schwammig. Doch an der Nationalsynode vor wenigen Wochen gab es zwei Momente, die aus meiner Sicht ganz konkret gezeigt haben, wie «die Jugend» zu unserer Kirche steht und unsere Kirche zu «der Jugend».

Zum einen war da der Zentralvorstand der Christkatholischen Jugend der Schweiz, der sich selbst, seine Arbeit und sein Programm vorgestellt hat. Die jungen Leute sorgten mit ihrer humorvollen Präsentation für einige Lacher. Eindruck schindeten sie aber vor allem damit, dass sie alle Informationen sowohl auf Deutsch wie auch auf Französisch präsentierten. Zweisprachig, witzig, engagiert – das klingt doch nach einer wunderbaren Zukunft.

Der zweite Moment war, als es um die Wahl einer jungen Frau in den Synodalrat ging. Selbstbewusst präsentierte sie sich der Nationalsynode, bereit, als Finanzverwalterin Verantwortung zu übernehmen – eine Aufgabe, die sicherlich nicht einfach zu meistern ist. Auch das stimmt mich optimistisch für die Zukunft. Wir brauchen Leute, die sich selbstbewusst und voller Tatendrang auch schwierigen Aufgaben stellen.

Klar kann man sich auch auf den Standpunkt stellen, dass nur jahrelange Erfahrung zählt und Leute unter vierzig nichts in wichtigen Positionen verloren haben. Ich persönlich halte es allerdings für sinnvoller, statt (öffentlich) zu zweifeln Hilfe und Unterstützung anzubieten. Letzteres wird junge Leute eher ermuntern, sich Herausforderungen zu stellen. Wenn sie es nicht tun, können wir gleich einpacken.